

Frau Christine Hirte
und Herrn Christoph Hirte
Elterninitiative Rollenspielsucht
Hermann-Hummel-Straße 25
82166 Gräfelfing

München, 12.09.2008
- St -
(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrte Frau Hirte,
sehr geehrter Herr Hirte,

für Ihre Zuschrift vom 17. August 2008, mit der Sie mir Ihre Fragenliste zur Landtagswahl übermittelt haben, danke ich Ihnen. Ich halte es für eine sehr gute Idee, die Stellungnahmen der politischen Parteien zum besseren Vergleich in Ihren Internetauftritt einzustellen.

Sie nehmen sich eines Themas an, das vor dem Hintergrund der sehr dynamischen Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien immer mehr an Bedeutung hinzugewinnt. Allein im Zeitraum von 2002 bis 2007 hat die Zahl der 12- bis 19-Jährigen, die täglich oder mehrmals wöchentlich den PC nutzen, von 66 auf 84 Prozent zugenommen. Dabei sollten wir allerdings auch sehen, dass der sichere – und verantwortungsvolle – Umgang mit Computer und Internet zu den Fertigkeiten gehört, über die junge Menschen heute verfügen müssen. Umso wichtiger ist es, Kinder und Jugendliche zu einem kritisch-reflektierenden Umgang mit PC, Internet und den weiteren modernen Medien zu befähigen und gleichzeitig kriminelle Machenschaften insbesondere im Internet sehr konsequent zu verfolgen. Die CSU-Landtagsfraktion sieht es als ihre Aufgabe an, bei der Bewältigung dieser Aufgabe letztendlich alle „mit ins Boot“ zu bringen: Kinder und Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte, Polizei und Justiz sowie nicht zuletzt auch Medienanbieter und Softwarehersteller; wir brauchen ganzheitliche Lösungen.

Vor dem Hintergrund dieses breit angelegten Ansatzes möchte ich Ihre Fragen gerne etwas ausführlicher und zusammenfassend beantworten:

Wir verfolgen bereits seit einigen Jahren aufmerksam die Problematik der Nutzung moderner Medien durch Kinder und Jugendliche. Die Notwendigkeit einer engagierten Medienerziehung, die den Strukturen moderner Informationstechnologien Rechnung trägt, wurde daher ganz ausdrücklich in

das neue Grundsatzprogramm der CSU aufgenommen. Medienerziehung - und damit die Bekämpfung von medienbezogenem Suchtverhalten - hat für die CSU-Landtagsfraktion nicht nur in den vor uns liegenden fünf Jahren, sondern ganz generell einen hohen Stellenwert.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Förderung der kulturellen Bildung und der Medienpädagogik zwar sehr wichtig ist; hier sehe ich unseren primären Ansatzpunkt. Dieser Ansatz bedarf aber der Ergänzung durch aktive Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung, um vor den Auswirkungen krimineller Machenschaften im Internet möglichst optimal zu schützen; dies wird im politischen Umfeld manchmal gerne übersehen. Leider haben wir es hier mit einem vielschichtigen Gefährdungspotenzial zu tun. Gerade im Internet wird teilweise mit großer krimineller Energie und leider auch mit großem Geschick vorgegangen. Der Jugendmedienschutz beinhaltet daher nicht nur den Weg der Bildung und Aufklärung; gleichzeitig muss der Jugendmedienschutz auch durch aktive Schutzmaßnahmen flankiert werden. Bayern hat eine Führungsposition bei der Inneren Sicherheit inne. Dieser hohe Anspruch muss sich nach Auffassung der CSU-Landtagsfraktion ebenso auch auf die engagierte und professionelle Verfolgung von Internetkriminalität erstrecken, wenngleich man sich dessen bewusst sein muss, dass im weltweiten Netz mit seinen Zugangsmöglichkeiten letztendlich kein vollständiger Schutz gewährleistet sein kann.

Weiterhin sei darauf hingewiesen, dass Medienerziehung und Bekämpfung von Internetkriminalität nicht allein eine landespolitische Angelegenheit ist, wie Sie mit Ihrer Frage nach Strategien auf internationaler Ebene bereits ganz richtig andeuten. In der Tat müssen alle politischen Ebenen gut koordiniert eingebunden werden: Von Informations- und Aufklärungsangeboten in unseren Kommunen über Maßnahmen der Landes- und Bundespolitik bis hin zur europäischen Ebene brauchen wir politisches Engagement, das sich im abgestimmten Gleichklang und mit Nachdruck für einen verantwortungsvollen Umgang mit den modernen Medien einsetzt. Hier sehe ich eine klare Stärke der CSU: Nur bei uns sitzen Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik „an einem Tisch“.

In erster Linie müssen wir die Jugendlichen zu einem eigenständigen, verantwortungsvollen und kritisch reflektierenden Umgang mit modernen Medien befähigen. Parallel hierzu kommen wir aber nicht umhin, das Medienverhalten von Heranwachsenden sehr sorgfältig unter Beobachtung zu halten – und zwar auch dann, wenn Vertrauen in die Kritikfähigkeit besteht. Wie Sie wissen, sind deshalb neben den Lehrkräften in erster Linie die Eltern gefordert; die Eltern müssen wissen, was ihre Kinder in der Freizeit tun und womit sie sich im Internet beschäftigen. Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die Eltern brauchen Medienkompetenz. Deshalb bin ich Ihnen übrigens sehr dankbar dafür, dass Sie mit Ihrer Initiative gezielt Eltern ansprechen.

Nach Überzeugung der CSU-Landtagsfraktion müssen wir die Potenziale unterschiedlicher Wege zu mehr Jugendschutz im Medienbereich ausschöpfen:

1. Die bestehenden gesetzlichen Schutzvorschriften in Bezug auf jugendgefährdende und jugendbeeinträchtigende Medienangebote müssen von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) an der Landesmedienanstalt konsequent durchgesetzt werden. Die KJM leistet außerdem Zuarbeit für das jugendschutz.net. Dieses wiederum geht eingehenden Beschwerden von Bürgern nach und führt auch selbst Recherchen im Internet durch, um zu beanstandende Angebote zu identifizieren.
2. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig zu einem bewussten und kontrollierten Umgang mit Medien befähigt werden, um sie gegenüber dem Suchtpotenzial gerade auch von Rollenspielen widerstandsfähig zu machen. Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kindertageseinrichtungen bezieht deswegen die Medienerziehung als eigenen Bildungsbereich ein.
3. Eine Schlüsselrolle für den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren, die mit dem Umgang gerade von PC und Internet verbunden sind, kommt jedoch - wie gesagt - den Eltern und ihrer Vorbildfunktion, aber auch ihrer Kontrolle des Medienkonsums ihrer Kinder zu. Viele Eltern kennen sich jedoch gerade im Internet noch zu wenig aus, um eine effektive Kontrolle ausüben zu können. Hier hilft das Projekt ELTERNTALK der Aktion Jugendschutz, das mit 120.000 Euro pro Jahr durch den Freistaat unterstützt wird. Es organisiert einen Erfahrungs- und Informationsaustausch der Eltern bei Erziehungsfragen rund um Computerspiele, Fernsehen oder auch Handy.
4. In Bayern werden speziell ausgebildete Jugend- und Schulverbindungsbeamte der Polizei eingesetzt, die eng mit Schulen und Jugendeinrichtungen zusammenarbeiten. In Fachvorträgen und Präventionsunterricht klären sie über die Möglichkeiten und Gefahren des Internets auf.
5. Das Programm „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ hat sich zum Ziel gesetzt, mit seiner Initiative „Kinder sicher im Netz“ nicht nur die überwiegend jungen Nutzer zu informieren, sondern auch den Eltern zur Unterstützung ihrer Erziehungsaufgaben einen praxisnahen Leitfaden an die Hand zu geben.
6. Weiterhin ist der Kontakt zu Software-Herstellern wichtig, um für den Jugendschutz zu sensibilisieren und um Schutzbedürfnisse sowie Anforderungen an moderne Software zu kommunizieren. Hier haben wir sehr positive Entwicklungen etwa bei der Firma Microsoft, die sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat, auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Darüber hinaus sei aber auch darauf hingewiesen, dass generell das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt werden muss, denn die Flucht in eine „Rolle“ - etwa im Rahmen eines Internetspiels - dient häufig der Kompensation empfundener Minderwertigkeit. Dies ist eine Aufgabe, bei der Eltern, Erziehungspersonal und Lehrkräfte unserer bayerischen Schulen gleichermaßen gefordert sind.

Im schulischen Bereich sind in Bayern vielfältige Maßnahmen zur Ausbildung von Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen umgesetzt. Sicherlich ist es hilfreich, bei Kindern und Jugendlichen zusätzliche Interessen zu wecken und auszubilden, beispielsweise durch Kunsterziehung oder den von Ihnen angesprochenen Musikunterricht. Primärer Ansatz, um bestehenden Gefährdungen entgegenzutreten, muss aber eine breit angelegte aktive Medienerziehung sein. Medienerziehung ist daher in Bayern ein fächerübergreifendes Lernziel in allen Lehrplänen. Zu den zentralen Anliegen der schulischen Medienerziehung gehört die Vermittlung einer alle Medien berücksichtigenden Medienbildung, die das notwendige Wissen über Funktions- und Wirkungsweisen vermittelt und vor allem auch Wertorientierung, Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit und schöpferische Kräfte der Kinder und Jugendlichen ausbildet und damit der Persönlichkeitsentwicklung dient. Ziel der schulischen Medienerziehung ist, dass Kinder und Jugendliche sich der Bedeutung und der Wirkung von Medien auf das Individuum und auf die Gesellschaft bewusst werden und lernen, mit ihnen kritisch und kompetent umzugehen. Nur so können sie einerseits lernen, die Vorzüge der modernen Informationsmedien zu erkennen und zu nutzen und gleichzeitig auch vor gefährdenden Einflüssen möglichst optimal geschützt sein.

Auch Lehrkräfte müssen in Fragen der Medienerziehung weitergebildet und beraten werden. In Bayern ist daher eine medienpädagogisch-informationstechnische Beratung eingeführt, in deren Rahmen Lehrkräfte zu „Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräften“ ausgebildet werden. Diese Ausbildung wird durch eine staatliche Erweiterungsprüfung abgeprüft. Die Beratungslehrkräfte haben folgende Aufgaben:

- Erstellung medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungsmaterials;
- Erarbeitung von Informationsmaterial zum Jugendschutz;
- Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen Medienpädagogik und Schulentwicklung;
- Fortbildung zu Themen der Medienerziehung und des Jugendmedienschutzes;
- Wahrnehmung medienpädagogisch-informationstechnischer Aufgaben im schulnahen Bereich, insbesondere bei der Information der Eltern, bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen und in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die Gruppe dieser Beratungslehrkräfte wird durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung koordiniert und fachlich betreut. Darüber hinaus bestehen regelmäßige Kontakte zum Bayerischen Rundfunk, zum Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung und zu anderen wichtigen Fachinstitutionen. Die Beratungslehrkräfte sind kompetente Ansprechpartner, die von Schulen für Fortbildungen angefordert werden können; in der Praxis geschieht dies gerne auch in Verbindung mit Elternabenden.

Ergänzend steht eine Publikation des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus „Medienwelten“ als praktischer Ratgeber für Eltern und Lehrkräfte zur Verfügung. Dieser Ratgeber wurde auch ins Türkische, Russische, Serbokroatische und Griechische übersetzt.

Gefährdungspotenziale gehen nicht nur von merkwürdigen Rollenspielen und dem Internet aus, sondern beispielsweise auch von Informationsangeboten, wie sie über Handy verfügbar sind. Mit Blick auf Funde von Gewaltvideos und pornographischen Darstellungen auf Schülerhandys besteht deshalb an bayerischen Schulen seit dem Schuljahr 2006/07 ein Nutzungsverbot für Handys und andere digitale Medien. Allerdings darf sich niemand der Illusion hingeben, dass Schülerinnen und Schüler auf diese Weise vor den Gefahren dieser Medien geschützt wären.

Seitens des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wurde am 27. August 2008 eine Studie „Sicherheit im Internet 2008“ vorgestellt, die das Gefährdungspotenzial - insbesondere durch Internetangebote - in seiner Gesamtheit darstellt. Das Spektrum reicht vom elektronischen Ausspionieren persönlicher Daten und Lebensumstände über Gewaltdarstellungen und Killerspielen sowie pornographischen Angeboten bis hin zu dubiosen „Kontakttreffen“ mit Minderjährigen, die auch in die Pädophilenszene hineinreichen. Gegen die letztgenannte Problematik wird in Bayern und ganz Deutschland in internationaler Zusammenarbeit der Polizeien mit allen polizeilichen Mitteln und in aller Entschlossenheit - erfolgreich - vorgegangen.

Eine besondere Situation sehe ich auch bei sogenannten „Killerspielen“, weil hier neben dem Suchtpotenzial auch Gewaltverherrlichung und die Gefahr einer Herabsetzung der Hemmschwelle zur Anwendung realer Gewalt besteht. Ich halte daher ein Verbot derartiger Spiele für dringend notwendig. Die CSU-Landtagsfraktion unterstützt in dieser Angelegenheit ausdrücklich den Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann, der seinerseits erklärt hat, gegen „Killerspiele“ entschieden vorzugehen.

Sie sprechen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen exzessiver Internetnutzung an, sowie die Kosten der Suchtbehandlung. Ich möchte Ihnen ganz offen eingestehen, dass mir keine Untersuchungen bekannt sind, die diese Kostenfaktoren seriös quantifizieren. Allerdings habe ich auch Zweifel, ob es überhaupt möglich wäre, diese Kosten einigermaßen vollständig und zuverlässig abzuschätzen. Ein viel größeres Problem als die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sehe ich in dem persönlichen „Lebensverlust“, der dann eintritt, wenn ein junger Mensch einen großen Teil seiner Zeit mit Computerspielen verbringt. Diese Zeit ist verloren, für den suchtbetonten Spieler ebenso, wie für sein soziales Umfeld, in das er sich ansonsten einbringen könnte. Insofern gehen die „Kosten“ exzessiver Internetnutzung weit über die volkswirtschaftliche Dimension hinaus.

Die Betreuung in Ganztagschulen ist sicherlich ein weiterer Ansatzpunkt, um Kinder und Jugendliche von Suchtverhalten und vom Internet fernzuhalten, wenngleich auf diesem Weg nicht verhindert werden kann, dass Suchtverhalten in der verbleibenden Freizeit ausgelebt wird. In Bayern

verfügen wir bereits derzeit über mehr als 1.000 Ganztagschulen, davon sind 222 gebundene und 782 offene Ganztagschulen. Dieses Angebot an Ganztagschulen bauen wir bedarfsgerecht weiter aus; überall dort, wo sich die Schulfamilie dazu entschließt, soll eine Ganztagschule eingerichtet werden können. Allein in diesem Jahr konnten alle Anträge auf offene und gebundene Ganztagschulen an Haupt- und Förderschulen genehmigt werden, so dass in diesem Schuljahr weitere 175 gebundene Ganztagschulen und 30 gebundene Ganztagsförderschulen eingerichtet werden. Für 1.700 Gruppen kann die Mittagsbetreuung an Grundschulen künftig bis 16 Uhr verlängert werden.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, mich bei allen, die sich auf ehrenamtlicher Ebene für die Medienerziehung und für eine verbesserte Kontrolle der Medien engagieren, zu bedanken. Ihre Plattform „www.rollenspielsucht.de“ zeigt auf beeindruckende Weise, wie durch Eigeninitiative ein ausgesprochen hilfreiches Informations- und Kontaktangebot aufgebaut werden kann. Ihnen allen möchte ich im Namen der gesamten CSU-Landtagsfraktion Dank und Anerkennung aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid